Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 19. Januar 2010
Ausgabe 011

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Drohender Verkauf der Landesbank-Wohnungsgesellschaft: OB Ude berichtet dem Mieterbeirat über den Sachstand 3
› Start zweier Parklizenzgebiete in Sendling am 1. März 5
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 5, Bezirksteil Au 6
› Ausschreibung Stipendien für Bildende Kunst 2010 7
› Jubiläumsmagazin „Einblicke.Rückblicke.Ausblicke.München" 8
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 15. bis 18. Januar 9
› Ausstellung „Silent Sozial Corruption" in der Lothringer13 9
› Tanzprojekt „Fremd im Paradies" im i-camp 10
› Filmmuseum: „Lola rennt" mit Einführung und Diskussion 11
Planungsreferat in eigener Sache **12**
› Baumschutzverordnung auch nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts München vollziehbar 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **13**
› Kommt 2010 eine Waldorfschule bzw. ein Mehrgenerationenprojekt nach Forstenried? 13

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **17**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 20. Januar, 9.15 Uhr,
Burgstraße 4, Besprechungsraum 300
6. Plenumssitzung des Münchner Seniorenbeirates. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag zum Thema „Zukünftige Arbeit des Mieterbeirates". Referentin ist Katja Weitzel, Vorsitzende des Mieterbeirats München.

Wiederholung
Mittwoch, 20. Dezember, 15 Uhr,
Kooperationseinrichtung Magdalena-Schwarz-Straße 9
Festakt zur Eröffnung der von der Katholischen Jugendfürsorge der Erzdiözese München und Freising e.V. in Betriebsträgerschaft geführten Kooperationseinrichtung Magdalena-Schwarz-Straße 9 (Stadtbezirk 15/Trudering-Riem). Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden der Katholischen Jugendfürsorge, Bartholomäus Brieller, spricht Stadträtin Gülseren Demirel (Die Grünen/Rosa Liste) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Weitere Rednerinnen und Redner sind: Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner, Wolfgang Pretzer, Einrichtungsleiter des Salberghauses, und Katrin Rötter, Leiterin der Kooperationseinrichtung. Weitere Informationen zur Einrichtung im Internet unter *www.muenchen.de/schulreferat/aktuell*

Donnerstag, 21. Januar, 18.30 Uhr, Großer Sitzungssaal im Rathaus
Bei der Veranstaltung „Stadtgestalt und Bürgerwille. Brauchen wir für die Zukunft neue Instrumente?" des Referates für Stadtplanung und Bauordnung gemeinsam mit dem Münchner Forum im Rahmen der Münchner Zukunftsreihe gibt Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk einen Überblick über die wichtigsten vorhandenen Instrumente und Verfahren in München zur Beteiligung der Öffentlichkeit. Anschließend findet eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Oberbürgermeister Christian Ude mit dem Schwerpunkt: Welche Formen der Bürgerbeteiligung bestehen bereits und wie beziehungsweise wo sollte diese ausgeweitet werden? statt. Auf dem Podium: Wolfgang Czisch (Münchner Forum), Professor Marcel Meili (Meili und Peter Architekten), Stephan Kleber (ehemals Vivico, jetzt Eurythos Unternehmensgruppe), Gisela Schneeberger (Schauspielerin und Kabarettistin), Professorin Dr. Ursula Stein (Stein + Schultz, Regional- und Freiraumplaner, Frankfurt am Main), Jan Foerster (Teamwerk-Architekten, Preisträger des Wettbewerbs „Open Scale" 2009) und Stadtbaurätin Merk.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 26. Januar, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76
Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt).

Dienstag, 26. Januar, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 26. Januar, 19.30 Uhr, Gemeindesaal der griechisch-orthodoxen Allerheiligenkirche, Ungererstraße 131
Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann).

Dienstag, 26. Januar, 19 Uhr,
Taverne „Odyssee", Bad-Kreuther-Straße 8
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Josef Koch

Meldungen

(teilweise voraus)
Drohender Verkauf der Landesbank-Wohnungsgesellschaft:
OB Ude berichtet dem Mieterbeirat über den Sachstand
(19.1.2010) Bei der gestrigen Vollversammlung des Münchner Mieterbeirats berichtete Oberbürgermeister Christian Ude über die weitere Entwicklung der größten bayerischen Wohnungsbaugesellschaft GBW AG. Bekanntlich gehört diese Gesellschaft, die über 10.000 Wohnungen in München und zirka 33.000 in Bayern besitzt, der Bayerischen Landesbank.
Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte sich der Oberbürgermeister an den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Landesbank gewandt mit der brieflichen Forderung, die Mieter trotz der Verkaufsabsichten sozial abzusichern.
Im Oktober richtete der OB dieses Anliegen auch an den bayerischen Ministerpräsidenten. In seinem Antwortschreiben vom Dezember 2009 bestätigte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, dass sich *„die Bayerische Landesbank in den nächsten Jahren sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch im Hinblick auf die Vorgaben der EU-Kommission*

im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmaßnahmen auf ihre Kernaufgaben beschränken und ihre Geschäftstätigkeit einschränken" muss.
Weiter heißt es in dem Antwortbrief: *„In diesem Zusammenhang werden die knapp 130 Beteiligungen der Bayerischen Landesbank kritisch auf den Prüfstand gestellt. Dies gilt grundsätzlich auch für die Beteiligung der Landesbank an der GBW AG, da die Beteiligung an Wohnungsunternehmen nicht zu den originären Aufgaben einer Bank zählt. Um der Forderung der EU-Kommission nach einer deutlichen Verkleinerung der Bayerischen Landesbank Rechnung zu tragen, geht die Bank daher davon aus, sich mittelfristig von ihrer Beteiligung an der GBW AG zu trennen. Eine endgültige Entscheidung der Kommission bleibt jedoch abzuwarten. Aktuell finden keine konkreten Verkaufsmaßnahmen oder Verhandlungen statt. Die Bayerische Staatsregierung garantiert den sozialen Mieterschutz. Bei einem möglichen späteren Verkauf stehen die sozialen Aspekte und die Suche nach einem seriösen Erwerber im Vordergrund und nicht die Höhe des Verkaufserlöses."*
Dazu stellte Oberbürgermeister Christian Ude vor dem Mieterbeirat fest: „Die Verkaufsabsichten sind offensichtlich genauso konkret wie die Stadt im vergangenen Jahr angenommen und vorgetragen hat. Es ist also Gefahr in Verzug. Auf der anderen Seite ist gut, dass sich der Freistaat als Mehrheitseigentümer der Landesbank zu seiner wohnungspolitischen Verantwortung bekennt und den sozialen Mieterschutz garantieren will. Damit ist eine seriöse Gesprächsgrundlage gegeben. Allerdings reichen beruhigende Absichtserklärungen nicht aus. Die Bundesrepublik Deutschland hat beim Verkauf der Münchner Siedlung Ludwigsfeld unter Bundesfinanzminister Peer Steinbrück ein positives Beispiel geliefert, wie Zusagen hinsichtlich Kündigungsschutz und Miethöhe in eine rechtsverbindliche Form gegossen werden können, nämlich durch Ergänzung der Mietverträge mit sämtlichen Mietern um entsprechende Vertragsklauseln. Wenn es der Staatsregierung mit ihren erfreulichen Absichtserklärungen ernst ist, muss sie diesen Weg beschreiten. Natürlich wird dadurch der erzielbare Erlös reduziert. Dies dürfte aber kein Hindernis sein, da der Ministerpräsident wörtlich ausgeführt hat, dass *„die sozialen Aspekte"* und *„nicht die Höhe des Verkaufserlöses"* im Vordergrund stehen sollen."
Derzeit bemüht sich die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG in ihrer Eigenschaft als federführende Gesellschaft in der „Münchner Initiative für Mietwohnungen" um die Gründung eines Konsortiums von interessierten Gesellschaften, die Mietwohnungsbestand langfristig behalten und nicht aufteilen und umwandeln und zum kurzfristigen Spekulationsobjekt machen wollen. Zu diesem Vorschlag bemerkte der Ministerpräsident in

seinem Antwortschreiben, dass *„eine Veräußerung an die ‚Münchner Initiative für Mietwohnungen' sicherlich eine erwägenswerte Alternative"* sein werde.

Start zweier Parklizenzgebiete in Sendling am 1. März

(19.1.2010) Gemäß Beschluss des Münchner Stadtrates vom 20. Mai 2009 ist vorgesehen, bis zum Sommer dieses Jahres weitere neun Parklizenzgebiete einzurichten, in denen nach städtischen Untersuchungen ein außergewöhnlich hoher Parkdruck für Bewohnerinnnen und Bewohner festgestellt wurde. Vornehmlich werden sich diese Gebiete in Sendling sowie in Teilen von Untergiesing und Nordschwabing befinden.

Am 1. März starten die Parklizenzgebiete „Untersendling" und „Herzog-Ernst-Platz". Das Parklizenzgebiet „Herzog-Ernst-Platz" wird durch die Bahngleise der Strecken München - Lenggries sowie München - Rosenheim begrenzt. Im Süden bilden die Lindwurm- und Jägerwirtstraße die Grenze zum benachbarten Parkbereich „Untersendling".

Nicht zum Gebietsumfang des „Herzog-Ernst-Platzes" zählen die Bereiche zwischen Bahnlinie, Ganghoferstraße, Pfeuferstraße und Radlkoferstraße, die Bestandteil des Neubaugebietes „Alte Messe" sind. Dort sind für Bewohnerinnen und Bewohner schon auf Grund baubehördlicher Auflagen ausreichend Stellplätze in Tiefgaragen vorhanden.

Das Gebiet „Untersendling", das insgesamt 51. Lizenzgebiet in München, schließt sich unmittelbar südlich an. Begrenzt wird der Parkbereich im Westen ebenfalls durch die Bahnlinie München - Lenggries. Die östliche Grenze bildet das Großmarktgelände. Die Sportanlagen in der Wackersberger Straße runden den Gebietsumfang im südlichen Bereich ab.

In den neuen Parklizenzgebieten wird es, wie bereits aus anderen Lizenzgebieten bekannt, Straßen geben, die ausschließlich den Bewohnerinnen und Bewohnern vorbehalten bleiben, und Bereiche mit Mischparken oder Kurzzeitparken.

Im Mischparken dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner mit einer Parklizenz kostenlos parken. Besucher müssen an den Automaten ein Parkticket lösen und können dann bis zu einem ganzen Tag parken. Die Höhe der Parkgebühren beträgt 1 Euro/Stunde, maximal jedoch 6 Euro/24 Stunden.

Des Weiteren wird es auch Mischformen, also zum Beispiel Straßen, die tagsüber Besuchern und Bewohnern zur Verfügung stehen und abends ausschließlich für die Bewohnerinnen und Bewohner reserviert sind, geben. Diese Mischformen, die insbesondere in „Untersendling" in der Kidlerstraße und Schmied-Kochel-Straße zum Einsatz kommen, sind den im Tagesverlauf wechselnden Verkehrssituationen angepasst und sollen die

Belange eines gewachsenen Innenstadtviertels mit einer lebendigen Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Arbeiten noch mehr als bisher widerspiegeln.
Besonders in der Lindwurm- und Implerstraße bleiben den Eiligen für die Erledigung von Einkäufen bis 18 Uhr Bereiche mit Kurzzeitparken vorbehalten. Dort ist das Parken lediglich mit einem Parkticket und bis maximal zwei Stunden möglich. Parkausweise zum unentgeltlichen und zeitlich unbefristeten Parken gelten dort nur in den Abendstunden bis zum nächsten Tag 9 Uhr.
Der Bewirtschaftungszeitraum ist auf Werktage, also von Montag bis einschließlich Samstag, und die Zeit zwischen 9 und 23 Uhr beschränkt.
Die Bewohnerinnen und Bewohner mit Hauptwohnsitz und ohne privaten Stellplatz innerhalb der neuen Parklizenzgebiete können ***ab sofort*** formlos mit einem einfachen Brief für jährlich 30 Euro ihren Parkausweis bei der Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung III – Verkehrsüberwachung, 80466 München, beantragen. Dem Antrag ist eine Kopie des Kfz-Scheins beizulegen. Die Antragstellung kann jedoch auch mittels Telefax unter 2 33-3 97 37 erfolgen. Zudem bietet das Kreisverwaltungsreferat unter der Internetadresse *www.muenchen.de/parken* natürlich auch ein Antragsformular.
Ebenfalls im Internet sind weitere Informationen, wie zum Beispiel detaillierte Übersichtskarten und Auskünfte zu den Ausnahmegenehmigungen für Gewerbebetriebe, zu finden.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 5, Bezirksteil Au

(19.1.2010) In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 5 (Au - Haidhausen) lädt Oberbürgermeister Christian Ude am Dienstag, 2. Februar, 19 Uhr, in die Turnhalle des Pestalozzi-Gymnasiums an der Eduard-Schmid-Straße 1, 81541 München, zu einer Bürgerversammlung des 5. Stadtbezirkes (Bezirksteil Au) ein.
Zu Beginn der Versammlung informieren Hans Podiuk, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion im Stadtrat, und Adelheid Dietz-Will, Bezirksausschussvorsitzende, über den Stadtbezirk.
Die Leitung der Versammlung übernimmt der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion im Stadtrat, Hans Podiuk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Isarrenaturierung zwischen Reichenbach- und Corneliusbrücke
2. Neubaugebiet Welfenstraße: aktueller Stand

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubrin-

gen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Mitte der Bezirksausschüsse 1, 2, 3, 4, 5 und 12, Tal 13, 80331 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr sowie die Bezirksinspektion Ost, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Adelheid Dietz-Will.

Ausschreibung Stipendien für Bildende Kunst 2010

(19.1.2010) Die Landeshauptstadt München vergibt 2010 wieder vier mit jeweils 6.000 Euro dotierte Stipendien im Bereich Bildende Kunst. Außerdem kann der Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreis für Bildende Kunst vergeben werden (zirka 3.000 Euro). Ziel der Stipendien ist die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern am Anfang der Professionalität. Für die Bewerbung wird eine abgeschlossene, einschlägige akademische Ausbildung vorausgesetzt.
Das Stipendium wird nur an Künstlerinnen und Künstler vergeben, die in München – oder im S-Bahn-Bereich – wohnen. Die Vergabe an Studierende ist ausgeschlossen.
Die Stipendien werden projektbezogen, d.h. für ein konkretes Arbeitsvorhaben gewährt. Künstlerinnen und Künstler sollen damit ein Projekt verwirklichen können, das einen wichtigen Impuls zu ihrer künstlerischen Entwicklung geben kann.
Die künstlerische Qualität und Realisierbarkeit der eingereichten Projekte sind ausschlaggebende Kriterien für die Förderung. Bei der Beurteilung des Projektes wird auch die bisherige künstlerische Laufbahn berücksichtigt. Eine vom Stadtrat berufene Jury bereitet dem Stadtrat einen Vorschlag zur Entscheidung in nichtöffentlicher Sitzung vor.
Jede Bewerberin/jeder Bewerber kann nur einen Projektvorschlag einreichen. Die Bewerbung muss enthalten:

- Bewerbungsformular (Download: muenchen.de/kulturfoerderung unter „Aktuelle Ausschreibungen")
- Künstlervita mit allen wesentlichen Daten der künstlerischen Laufbahn (eine DIN A 4-Seite)

- detaillierte Projektbeschreibung mit Abbildungen bzw. Skizzen
- Kostenplan mit Angaben zur Finanzierung
  (künstlerische und technische bzw. Materialkosten)

Die Unterlagen müssen in einer Mappe zusammengefasst sein. Bitte einzelne Blätter mit Namen kennzeichnen. Das Kulturreferat übernimmt keine Haftung für die eingereichten Unterlagen. Eine Einsendung per Post ist nicht möglich. Die Bewerbungsmappe ist persönlich oder durch eine Vertrauensperson abzugeben am Donnerstag, 17. Juni, von 10 bis 19 Uhr im Kulturreferat, Burgstraße 4, 2. Stock, Zimmer 208.
Die Bewerberinnen und Bewerber werden nach der Entscheidung des Stadtrats über das Ergebnis informiert. Eine Rücksendung der eingereichten Unterlagen per Post ist nicht möglich, die Bewerberinnen und Bewerber werden verständigt, wann die Mappen im Kulturreferat wieder abgeholt werden können. Rückfragen sind per e-mail bei Jutta Noack (E-Mail: jutta.noack@muenchen.de) möglich.

Jubiläumsmagazin „Einblicke.Rückblicke.Ausblicke.München"

(19.1.2010) Seit 30 Jahren gibt es das Referat für Stadtplanung und Bauordnung. Aus diesem Anlass bringt das Referat das Jubiläumsmagazin „Einblicke.Rückblicke.Ausblicke.München" heraus. Das Magazin spiegelt das breite Spektrum der Themen und Aufgaben des Referats rund um Stadtentwicklung, Planung, Wohnungsbau und Baugenehmigungen wider. Es zeigt Einblicke in die Arbeit, genauso wie Rückblicke auf Erreichtes und Ausblicke auf künftige Herausforderungen, aber auch sehr persönliche Augenblicke von Akteuren, die die Entwicklung Münchens mitgeprägt haben. Verschiedene Formate wie Artikel, Interviews, Bildstrecken, Statements, Projektbeschreibungen in Form von Stadtspaziergängen und eine kleine Chronik machen aus dem Magazin ein interessantes Leseheft für alle. Unter anderem mit Beiträgen von: Elisabeth Merk, Hans-Jochen Vogel, Friedbert Greif, Andreas Hild, Carl Fingerhuth, Edward Beierle, Christiane Thalgott, Christoph Gurk, Constanze Lindner-Schädlich, Michael Hohenester, Stefan Schelle, Stephan Reiß-Schmidt, Susanne Ritter, Franz Meyer, Gertrud Hautum, Cornelius Mager, Reinhard Bäumler, Georg Huber, Kerstin Greiner, Andrea Gebhard, Wolfgang Roggel, Ursula Ammermann, Claudia Tausend, Boris Schwartz, Walter Zöller, Michael Mattar, Björn Bikker, Gordona Sommer und Roswitha Näbauer.
Das Magazin gibt es kostenfrei in der Ausstellung „München: KlimaRegeln" in der Rathausgalerie, Marienplatz 8 (täglich 11 bis 19 Uhr, Eintritt frei) und im PlanTreff, Blumenstraße 31 (Montag, Dienstag und Donnerstag von 10 bis 17 Uhr, Freitag von 10 bis 14 Uhr).

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 15. bis 18. Januar
(19.1.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Freitag, 15. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 507 Fahrzeuge: 360
Streuguteinsatz:
Salz: 156,305 t Splitt: 434,12 t
Kosten des Einsatztages: 260.779,63 Euro
Samstag, 16. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 197 Fahrzeuge: 126
Streuguteinsatz:
Salz: 127,302 t Splitt: 126,25 t
Kosten des Einsatztages: 139.439,03 Euro
Sonntag, 17. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 608 Fahrzeuge: 474
Streuguteinsatz:
Salz: 140,386 t Splitt: 1022,45 t
Kosten des Einsatztages: 353.524,90 Euro
Montag, 18. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 275 Fahrzeuge: 189
Streuguteinsatz:
Salz: 102,73 t Splitt: 108,22 t
Kosten des Einsatztages: 137.697,91 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 23
Bisherige Einsatztage: 59
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2009/2010: ***10.579.600,53 Euro***

Ausstellung „Silent Sozial Corruption" in der Lothringer13
(19.1.2010) Zum ersten Mal ist der Künstler Armando Lulaj mit einer Einzelausstellung unter dem Titel „Silent Sozial Corruption" in Deutschland in der Lothringer13 – Städtische Kunsthalle München zu sehen. Der albanische Künstler, geboren 1980, lebt und arbeitet seit einigen Jahren in Italien und ist derzeit Stipendiat der Villa Waldberta, dem internationalen Künstlerhaus der Stadt München. Die Ausstellung „Silent Sozial Corruption", thematisiert seine Reflexion und Prüfung der aktuellen Situation der Welt. Lulaj möchte provozieren und spricht hochsensible Themen an, mit denen heute die gesamte Gesellschaft konfrontiert ist. Der Künstler ist bekannt für Provokation und das Stiften von Unruhe, welches ihm schon des öfteren Är-

ger mit dem Staat und anderen Autoritäten eingebracht hat. Indem er seine „künstlerische Freiheit" geschickt ausnutzt, definiert er neue Grenzen und Standards – er sucht und kämpft für neue performative Räume. Für seine Ausstellung in der Lothringer13 – Städtische Kunsthalle München hat der Künstler zwei neue Arbeiten produzieren lassen, darunter das speziell auf den Münchener Kontext zugeschnittene Projekt „work sets you free", das im Vorfeld unter anderem aus einer Intervention in den gesellschaftlichen Kontext der Stadt bestand.
Ein gesonderter Ausstellungsraum in der Lothringer13 wird von Armando Lulaj Münchener Künstlerinnen und Künstlern zur Präsentation ihrer Arbeiten angeboten. Bewerber können den Künstler über die Webseite der Lothringer13 (*www.lothringer-dreizehn.com*) persönlich kontaktieren.
Die Ausstellung „Silent Sozial Corruption" wird am Donnerstag, 21. Januar, um 19 Uhr in der Lothringer13 (Lothringer Straße 13) eröffnet und ist vom 22. Januar bis 21. März, Dienstag bis Sonntag von 14 bis 20 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Am Mittwoch, 3. Februar, sowie am Mittwoch, 3. März, wird jeweils um 19 Uhr eine Führung mit Adela Demetja, der Kuratorin der Ausstellung, angeboten. Adela Demetja ist ebenfalls Stipendiatin der Villa Waldberta. Nähere Informationen zur Ausstellung sind unter *www.lothringer-dreizehn.com,* und zur Villa Waldberta unter *www.villa-waldberta.de* ersichtlich.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 21. Januar, 11 bis 15 Uhr in der Lothringer13.

Tanzprojekt „Fremd im Paradies" im i-camp
(19.1.2010) Zuerst ein Wort oder zuerst ein Schritt? In „Fremd im Paradies" lassen der Choreograph Stefan Dreher und die Regisseurin Inga Helfrich zwei Schauspieler und zwei Tänzer gemeinsam eine Nacht verbringen. Monika Manz und Gerd Lohmeyer (Schauspiel) sind das ältere, Jule Flierl und Stefan Dreher (Tanz) das junge Paar. Ein Reigen um die Liebe und das Älterwerden, Konventionen und Aufbruch. Eine Nacht, in der sich vier Menschen verlieren und neu zusammensetzen, um ihre letzte Utopie, die der Liebe, zu bewahren oder den Abgrund hinunter zu werfen...
Grundlage dieser Zusammenarbeit zwischen Choreografie und Regie war das Theaterstück „Wer hat Angst vor Virginia Woolf" von Edward Albee aus dem Jahr 1962. Die Konflikte der beiden Paare finden sich auch in der Hassliebe, Eifersucht und Faszination wieder, die sich Tanz und Theater seit jeher entgegenbringen. Eine Abrechnung mit dem jeweils fremden Medium und darin sich spiegelnd die heutigen Konflikte in Beziehungen.
Die Premiere von „Fremd im Paradies" findet am Mittwoch, 20. Januar, um 20.30 Uhr, im i-camp, neues theater münchen, Entenbachstraße 37,

statt. Weitere Vorstellungen sind am 21./22./23. und 24. Januar, jeweils 20.30 Uhr. Karten sind für 16 Euro/10 Euro ermäßigt erhältlich. Telefonische Reservierung ist unter der Telefonnummer 65 00 00 möglich. „Fremd im Paradies“ wird gefördert durch das Kulturreferat der Landeshauptstadt München und den Fonds Darstellende Künste e.V. Nähere Informationen sind unter *www.i-camp.de* ersichtlich.

Filmmuseum: „Lola rennt“ mit Einführung und Diskussion

(19.1.2010) Am Mittwoch, 20. Januar, um 21 Uhr zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, in der Reihe „Film und Psychoanalyse” unter dem Schwerpunkt „Wirklichkeiten” den Film „Lola rennt”(Deutschland 1998, Regie und Buch: Tom Tykwer, Kamera: Frank Griebe, Musik: Johnny Klimek, Reinhold Heil, Tom Tykwer, Darsteller: Franka Potente, Moritz Bleibtreu, Herbert Knaup, Nina Petri, Armin Rohde, Joachim Król, 81 Minuten). Die Analytikerin Heidi Spanl hält die Einführung und diskutiert anschließend mit dem Publikum.

„Ein Sommertag in Berlin, eine kurze Zeitspanne von 20 Minuten entscheidet über Liebe, Leben und Tod. Der Augenblick gewinnt an Bedeutung. Der Tod wird überwunden, ein vertrautes Zeit-Raum-Kontinuum löst sich auf. Lola bekommt eine zweite und dritte Chance. Eine Comicfigur eröffnet ein neues Narrativ, Zufälligkeiten setzten neue Akzente, Schwarzweißbilder vermitteln eine weitere Lebensgeschichte. Die verschiedenen Wirklichkeiten sind wie ein Sog, der Zuschauer kann sich nicht entziehen. Die Frage, welcher von Lolas Lebensläufen nun wahr ist, führt in die Chaostheorie und deren wichtiges Kriterium, ‚sensible Abhängigkeiten in den Anfangsbedingungen’. Lola versucht Tatsachen und Fakten, die wie Naturgesetze erscheinen, zu überwinden. Sie rennt.” (Heidi Spanl)

Die Filmreihe findet in Zusammenarbeit mit der Akademie für Psychoanalyse und Psychotherapie München statt. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Karten können vorbestellt werden unter Telefon 2 33-9 64 50.

Planungsreferat in eigener Sache

Baumschutzverordnung auch nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts München vollziehbar

(19.1.2010) Wie in der Süddeutschen Zeitung am 15. Januar berichtet, hat das Verwaltungsgericht München in einem aktuellen Urteil die Baumschutzverordnung der Landeshauptstadt München in einem für die tägliche Praxis nicht unwichtigen Punkt für unwirksam erklärt. Paragraf 7 Absatz 4 der Verordnung ermächtigt die Naturschutzbehörde bei der Genehmigung von Baumfällungen, vom Antragsteller eine Ausgleichszahlung zu verlangen, wenn dieser aus Platzgründen keine Ersatzpflanzung vornehmen kann. Die Höhe der Ausgleichszahlungen, so ist es in der Verordnung geregelt, bemisst sich nach den Kosten, die für eine angemessene Ersatzpflanzung auf öffentlichen Grünflächen erforderlich sind.

Das Gericht kritisiert, die Rechtsverordnung enthalte keine ausreichende Festlegung, in welcher Höhe ein Betroffener zu solchen Ausgleichszahlungen herangezogen werden könne. Die Regelung zur Ausgleichszahlung sei zu unbestimmt und daher unwirksam.

Gegen das Urteil wird die Stadt die Zulassung der Berufung beantragen. Nach Meinung der Stadt ist die Bestimmung, die sich seit über 20 Jahren nicht verändert hat, eindeutig: Die Stadt legt den Ausgleichszahlungen die durchschnittlichen Kosten für die Anpflanzung eines Baumes mit Stammumfang von 20 Zentimetern bis 25 Zentimetern zugrunde. Der Betrag von 750 Euro ist seit vielen Jahren unverändert und ist bisher auch noch nie in Frage gestellt worden. Für eine Differenzierung sah die Stadt bisher keine Veranlassung, weil die Katalogpreise der einzelnen Baumarten nur unmaßgeblich variieren.

Ungeachtet dieser Rechtsfrage prüft das Planungsreferat aber auch, ob die Baumschutzverordnung zur Vermeidung von Unklarheiten entsprechend präzisiert werden kann.

Unrichtig ist die in der Süddeutschen Zeitung kolportierte Behauptung, dass die Stadt nach dem Urteil derzeit keine Ausgleichszahlungen verlangen könnte. Bis zu einer endgültigen Entscheidung gibt es für die Stadt keinen Grund, an der Gültigkeit der Verordnung zu zweifeln.

Zugunsten der Antragsteller wird die Stadt aber ab sofort bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage solche Ausgleichszahlungen unter den Vorbehalt der Rückzahlung stellen. Damit soll vermieden werden, dass in der Zwischenzeit weitere Klagen erhoben werden müssten.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 19. Januar 2010

Kommt 2010 eine Waldorfschule bzw. ein Mehrgenerationenprojekt nach Forstenried?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Michael Kuffer, Dr. Manuela Olhausen und Otto Seidl (CSU) vom 17.11.2009

Antwort Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 17.11.2009 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Planungsreferat nachfolgend beantwortet wird. Für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich.

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„In mehreren Zeitungen wird von der Planung einer neuen Waldorfschule in Forstenried berichtet. Diese soll Teil eines Mehrgenerationenprojekts werden und bereits 2010 den Betrieb aufnehmen. Über den genauen Standort gibt es jedoch Spekulationen. Die Elterninitiative, die das Projekt betreiben will, verfügt offensichtlich noch über keine Infrastruktur, will aber nach eigenem Bekunden trotzdem schon in zehn Monaten mit dem Unterrichtsbetrieb beginnen. In der Presse und auf den Webseiten (http://www.fv-waldorfschule-muenchen-suedwest.de) werden bereits Lehrer gesucht sowie Aufnahmeanträge für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt."

Bevor ich auf Ihre Fragen im Einzelnen eingehe, möchte ich folgendes voranschicken:

Der Förderverein Freie Waldorfschule München Südwest e.V. hat sich im Februar 2008 mit der Bitte an die Landeshauptstadt München gewandt, sie bei der Suche nach einem Grundstück für eine Schule im Bereich des Münchner Südwesten zu unterstützen. Bei dem angesprochenen Projekt handelt es sich um ein privates Vorhaben der Freien Waldorfschule München Südwest. Bei dem Verein handelt es sich um einen anerkannten Gemeinbedarfsträger.

Ein städtisches Grundstück konnte dem Verein nicht angeboten werden, da die vorhandenen städtischen Flächenreserven für städtische Schuleinrichtungen vorgehalten werden. Die Standortsuche konzentrierte sich daher auf nichtstädtische Gemeinbedarfsgrundstücke. Bei dem vorgesehenen Grundstück an der Züricher Straße handelt es sich um ein privates Grundstück, welches im geltenden Flächennutzungsplan als Gemeinbedarfsfläche Erziehung dargestellt ist und insoweit die planungsrechtliche Voraussetzung für die Schulnutzung erfüllt.

Die Grundstücksverhandlungen laufen direkt zwischen dem Grundeigentümer und dem Förderverein. Da es sich um ein privates Grundstücksgeschäft handelt, ist die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München nicht mit eingebunden.

Aufgrund des bestehenden Bedarfes an Kindergarten- und Krippenplätzen in dem Gebiet ist beabsichtigt, eine offene Kindertageseinrichtung unterzubringen. Darüber hinaus ist entsprechend den vorgelegten konzeptionellen Nutzungsüberlegungen des Vereins vorgesehen, die Nutzung der Schulsporthalle für städtische Schulklassen und Vereine zu ermöglichen.

Bisher wurden lediglich im Rahmen der Bauberatung informelle Anfragen mit dem Vorhabenträger zu dem geplanten Projekt erörtert. Ein Antrag für eine Baugenehmigung wurde bisher nicht gestellt.

Zu den Fragen im Einzelnen:

Frage 1:
Ist eine Waldorfschule für den Standort Forstenried bereits genehmigt?

Antwort:
Es liegt bisher kein Antrag für eine Baugenehmigung vor, so dass auch noch keine Genehmigung erteilt werden konnte. Das Grundstück ist im FNP als Fläche für Erziehung dargestellt und eignet sich grundsätzlich für eine derartige Nutzung.

Frage 2:
Seit wann ist den betreffenden Behörden der Vorgang bekannt?

Antwort:
Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München unterstützt seit dem Frühjahr 2008 den Förderverein bei der Suche nach einem geeigneten

Grundstück.
Im März 2009 wurden erste informelle Auskünfte im Zusammenhang mit dem Grundstück an der Züricher Straße gegeben.

Frage 3:
Welcher Standort ist für dieses Mehrgenerationenprojekt vorgesehen?

Frage 4:
Welche Nutzungen sind neben dem Schulbetrieb an diesem Standort vorgesehen?

Antwort:
Zu den Fragen 3 und 4 teilen wir mit, dass der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München bisher kein endgültiges Nutzungskonzept vorliegt.
Nach derzeitigem Stand der Abstimmungen mit dem Förderverein ist neben der Schule eine offene Kindertagesstätte für den Umgebungsbedarf geplant sowie die Mitnutzung der Schulsporthalle auch städtischen Schulen und Vereinen zu ermöglichen. Darüber hinaus bestehen Überlegungen des Vorhabenträgers evtl. eine Seniorenwohnanlage mit vorzusehen, die in das pädagogische Gesamtkonzept eingebunden sein soll. Nähere Informationen bitten wir beim Förderverein einzuholen.

Frage 5:
Wann ist mit Unterrichtsbeginn zu rechnen?

Frage 6:
Wie viele Schüler sind für diese Schule vorgesehen?

Frage 7:
Für welche Altersgruppen ist die Schule geplant?

Antwort:
Zu den Fragen 5 mit 7 bitten wir die Informationen beim Förderverein einzuholen. Der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München liegen bisher keine näheren Aussagen hierzu vor.

Frage 8:
Warum ist bis jetzt keine Information an den örtlichen Bezirksausschuss erfolgt?

Antwort:
Es handelt sich um ein privates Grundstücksgeschäft, in das die Landeshauptstadt München nicht eingebunden ist. Daher obliegt es dem Grundeigentümer und dem Förderverein, ob und wann Informationen an Dritte erteilt werden. Der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München liegen bislang zu wenige Informationen zu dem Projekt vor.
Die Beteiligung des Bezirksausschusses erfolgt zu gegebener Zeit entsprechend der Satzung für die Bezirksausschüsse.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 19. Januar 2010

Entfall der Ausführungsgenehmigung
Antrag Stadtrat Alexander Reissl (SPD)

Elektromobilität: Stand und Perspektive elektrischer Stadtbussysteme für München
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Soziale Berufe brauchen mehr männlichen Nachwuchs
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Manuela Olhausen, Ursula Sabathil und Josef Schmid (CSU)

Skiberg für München – Winterspaß für Klein und Groß und Werbung für Olympia
Antrag Stadträte Hans Podiuk und Mario Schmidbauer (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

München, 19.01.2010

Entfall der Ausführungsgenehmigung

Antrag:

Auf einen Stadtratsbeschluss zur Ausführungsgenehmigung eines Projektes wird in Zukunft verzichtet, wenn die vom Stadtrat im Projektauftrag bzw. in der Projektgenehmigung beschlossene Kostenobergrenze eingehalten wird.

Begründung:

Der Stadtrat erteilt für Bauvorhaben einen Projektauftrag mit einer Kostenobergrenze. Im Regelfall folgt darauf eine verwaltungsinterne Projektgenehmigung. Wird die festgelegte Kostenobergrenze überschritten, folgt die Projektgenehmigung im Nutzerausschuss.
Mit der Ausführungsgenehmigung werden die prognostizierten Baukosten aktualisiert. Meist wird auch zu diesem Zeitpunkt die Kostenobergrenze der Projektgenehmigung eingehalten oder sogar unterschritten.
Eine grundlegende Änderung oder ein Stopp der Planungen ist aufgrund der Vorleistungen nach dem erteilten Projektauftrag kaum mehr möglich.
Auf einen zusätzlichen Stadtratsbeschluss zur Ausführungsgenehmigung kann deshalb verzichtet werden, wenn die Kostenobergrenze, wie im Projektauftrag bzw. in der Projektgenehmigung beschlossen, eingehalten wird.

gez.
Alexander Reissl
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion der CSU im Stadtrat
der Landeshauptstadt
München

80331 München
Rathaus, Zimmer 249 / II
Telefon 233 – 9 26 50
Telefax 2 91 37 65
csu-fraktion@muenchen.de

Stadtsparkasse München
Konto 2 196 (BLZ 701 500 00)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
19.01.10

Elektromobilität: Stand und Perspektive elektrischer Stadtbussysteme für München

Der Stadtrat möge beschließen:
Dem Stadtrat wird über den Stand und die Perspektive elektrischer Stadtbussysteme bis Ende 2010 berichtet. Dabei ist neben einer Darstellung des Standes der Technik insbesondere auf die neuen technologischen Entwicklungen *fahrleitungsloser* E-Bussysteme einzugehen. Eine erste Tauglichkeitsprognose für die Münchner Verhältnisse ist zu erstellen.

Begründung:
E-Bussysteme (O-Bus, Trolley) haben immer schon den Vorteil gehabt, die lokale Immissions- und Geräuscharmut mit der (begrenzten) Flexibilität eines nicht spurgeführten Fahrzeuges zu verbinden. Noch 1963 gab es in München diese Gattung.

Wenn auch immer effizientere und vom Stückkostenvorteil profitierende Bus-Dieselantriebe seither das „Aus“ für viele O-Bussysteme gebracht haben, wurde dieses Segment technisch und stilistisch nach wie vor weiterentwickelt. Das Fassungsvermögen reicht bis 200 Personen bei Gelenkbussen. Die Energieeffizienz ist anerkannt hoch, da auch hier beim Bremsen kinetische Energie im Fahrzeuge (Superkondensatoren) oder im Netz zurückgespeist wird.

Brandneu sind erste Entwicklungen hin zu oberleitungslosen E-Bussystemen, die die Energie entweder diskontinuierlich beim Haltestellenaufenthalt oder kontinuierlich durch eine Induktionsleitung unterm E-Bus ins Fahrzeug übertragen. /1/.

In jedem Fall ist für München interessant, dass mit einem derartigen Buskonzept ein wichtiger Beitrag zur Schadstoff- und Lärmreduzierung geleistet werden kann. Es nimmt daher nicht wunder, dass in „Elektrobus-Städten“ die E-Busse bei der Bevölkerung beliebter als ihre Diesel-Verwandten sein sollen /1/.

Auch im Hinblick auf geplante Ausweitungen des Trambahnnetzes in Bestandsstraßen (z.B. Westtangente) ist der Stadtrat gut beraten, sich eine möglichst umfassende Sicht auf die heutigen technischen Möglichkeiten einer ÖV-E-Mobilität als Alternative zu verschaffen.

Aus jetziger Sicht sollte wegen der vielen Aspekte der Antrag in einem gemeinsamen Bau-, Umwelt-, Planungs- und Wirtschaftsausschuss behandelt werden.

Quellen

/1/: Haase Ralf: Der „Maßanzug“ für den Stadtverkehr der Zukunft - Stand und die Perspektive elektrischer Stadtbussysteme in Deutschland in Internationales Verkehrswesen (61) 7+8/2009 S268-270.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

Josef Schmid **Ursula Sabathil** **Beatrix Burkhardt** **Dr. Manuela Olhausen**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
19.01.10

Soziale Berufe brauchen mehr männlichen Nachwuchs

Dem Stadtrat wird dargestellt, was die Landeshauptstadt München leisten kann, um einerseits mehr junge Männer für soziale Berufe, insbesondere Berufe in der Kindererziehung zu gewinnen und andererseits das Bewusstsein in der Gesellschaft bezüglich sozialer Berufe grundsätzlich zu ändern und das Image der betroffenen Berufe zu steigern.

Begründung:

Trotz verschiedener Initiativen der Landeshauptstadt München zur Gewinnung von jungen Männern für Berufe der Kindererziehung wie z.B. die jährliche Durchführung eines „Boys' Days" und das Angebot von Schnuppertagen sowie unterschiedlicher Praktika, werden die Angebote nur sehr selten angenommen. Die geringe Akzeptanz junger Männer für soziale Berufe allgemein, aber insbesondere für Berufe in der Kindererziehung, beruht auf verschiedenen Gründen wie z.B. die geringe gesellschaftliche Anerkennung und die zu gering empfundene Bezahlung. Da immer mehr Kindern eine dauerhafte männliche Bezugsperson fehlt, fehlt oft auch der „männliche Teil" der Erziehung. Deshalb wäre es sehr sinnvoll, wenn mehr junge Männer in Berufen der Kindererziehung tätig wären. Die Landeshauptstadt München soll alle Möglichkeiten ausschöpfen, um soziale Berufe auch für Männer interessant und wertvoller zu gestalten.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadträtin

gez.
Dr. Manuela Olhausen
Stadträtin

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

Hans Podiuk Mario Schmidbauer

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antrag
19.01.10

Skiberg für München – Winterspaß für Klein und Groß und Werbung für Olympia

Dem Stadtrat wird dargestellt, unter welchen Bedingungen auf dem Fröttmaninger Müllberg ein dauerhafter Skibetrieb mit festinstalliertem Schlepplift ermöglicht werden kann.

Begründung:

Im Februar/März 2008 fand auf Initiative des Vereins Skiarena Fröttmaning, des Skiverbandes München und der Skiabteilung des TSV 1860 ein erfolgreicher, sechswöchiger Skilauf-Probebetrieb mit Schlepplift und Schneekanone am Fröttmaninger Müllberg statt. Die Münchnerinnen und Münchner nahmen das Angebot begeistert wahr. Planungen der Veranstalter in den darauffolgenden Wintern wurden nicht realisiert, weil die Stadtverwaltung nur einen zeitlich befristeten Betrieb mit mobilem Schlepplift genehmigen wollte.
Der Aufbau eines festen Bügel-Schleppliftes, der nach Darstellung der Veranstalter die einzige Möglichkeit für einen rentablen Betrieb der Anlage darstellt, wird von der Stadtverwaltung, Oberbürgermeister Ude und Bürgermeisterin Strobl abgelehnt.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass das Verbot mit nichttragfähigem Untergrund am Müllberg begründet wird, wenn sich seit vielen Jahren ein riesiges Windrad auf dem Müllberg dreht und am Fuße des Berges eine Kirche mit tiefen Betonfundamenten errichtet wurde.

München rühmt sich als Sportstadt sowohl für den Spitzen- als auch für den Breitensport. Mit großem Aufwand wird die Bewerbung für die olympischen Winterspiele 2018 betrieben, aber der große Bedarf für eine Skipiste in München wird nicht gesehen. Dabei wäre der Skiberg nicht nur ein großartiges Freizeitangebot für Wintersportler, sondern auch ein ökologischer Fortschritt: Viele junge und ältere Ski- und Wintersportbegeisterte müssen sich nicht mehr in Bussen oder Autos auf verstopften Straßen Richtung Alpen quälen, sondern könnten ihre Schwünge in München üben. Zudem könnte der Schnee aus geklärtem Wasser aus der benachbarten Kläranlage erzeugt und der Lift mit Ökostrom betrieben werden.
Der Münchner Skiberg in Fröttmaning könnte somit als Musterbeispiel für ökologische und nachhaltige olympische Winterspiele vermarktet werden.

Hans Podiuk, Stadtrat Mario Schmidbauer, Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de